

Antrag

der SPD-Fraktion

der CDU-Fraktion

der Fraktion DIE LINKE

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

der BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

Einsetzung einer Enquete-Kommission „Zukunft der ländlichen Regionen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels“

Präambel

Viele Räume in Europa, so auch die ländlichen Räume Brandenburgs, stehen vor großen Herausforderungen, allen voran dem demografischen Wandel. Viele junge und gut ausgebildete Menschen verlassen die ländlichen Regionen und die Geburtenrate ist gerade hier anhaltend rückläufig. Deshalb wird der Altersdurchschnitt der Bevölkerung bei steigender Lebenserwartung der Menschen in diesen Regionen weiterhin erheblich ansteigen.

Zugleich gibt es eine Vielzahl neuer Initiativen zur Aktivierung von Dörfern, Rückwanderungsprozesse und ein vermehrtes Interesse der städtischen Bevölkerung am ländlichen Raum. Diese Entwicklungen unterscheiden sich von Region zu Region und betreffen alle Politikfelder und Gesellschaftsgruppen, so dass eine zentrale politische Koordinierung hilfreich ist. Diese erfordert eine offene, differenzierte und konstruktive Auseinandersetzung mit den Chancen und Risiken der Entwicklung der ländlichen Räume.

Die Enquete-Kommission soll Empfehlungen an den Landtag und die Landesregierung abgeben, wie im Land Brandenburg eine nachhaltige und zukunftsorientierte Entwicklung der ländlichen Regionen gerade vor dem Hintergrund des demografischen Wandels unterstützt und vorangetrieben werden kann - auch unter Berücksichtigung, dass es innerhalb der als ländliche Räume definierten Regionen zu unterschiedlichen sozialen, wirtschaftlichen, demografischen Entwicklungen kommt. Der Handlungsauftrag der Enquete-Kommission umfasst dabei den weiteren Metropolitanraum - also die Teilräume des Landes, die außerhalb des im derzeitigen Landesentwicklungsplan Berlin-Brandenburg definierten Berliner Umlandes liegen.

Auch in Zukunft sollen ein solidarisches Zusammenleben aller Generationen, familienfreundliche Rahmenbedingungen und die Teilhabe aller Menschen am politischen und gesellschaftlichen Leben gewährleistet werden. Die Sicherung und bedarfsgerechte Entwicklung der infrastrukturellen Versorgung in allen Bereichen bildet hierbei einen Schwerpunkt. Brandenburg soll zum Vorreiter einer nachhaltigen Entwicklung der ländlichen Regionen werden.

Der Landtag möge beschließen:

I. Einsetzung

Der Landtag setzt gemäß § 1 Abs. 2 des Gesetzes über die Enquete-Kommissionen des Landtages Brandenburg die Enquete-Kommission „Zukunft der ländlichen Regionen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels“ ein.

II. Zusammensetzung

Der Kommission gehören 10 parlamentarische Mitglieder und 5 Sachverständige an. Die Fraktion der SPD benennt 4 parlamentarische Mitglieder, die Fraktionen der CDU und der LINKEN je 2, die Fraktionen der AfD und von Bündnis 90/Die Grünen je 1 parlamentarische Mitglied. Jede Fraktion benennt eine Sachverständige bzw. einen Sachverständigen.

Die Gruppe der Brandenburger Vereinigte Bürgerbewegungen / Freie Wähler benennt ein ständiges mitberatendes Mitglied ohne Stimmrecht.

Für jedes parlamentarische Mitglied wird durch die Fraktionen eine Stellvertreterin bzw. ein Stellvertreter benannt.

Der Städte- und Gemeindebund sowie der Landkreistag Brandenburg können je ein ständiges mitberatendes Mitglied ohne Stimmrecht in die Enquete-Kommission entsenden. Die Landesregierung wird gebeten, beratend mit einem Vertreter oder einer Vertreterin an den Sitzungen der Kommission teilzunehmen.

III. Aufgaben

1. Die Enquete-Kommission soll auf Grundlage einer sorgfältigen Analyse insbesondere unter Zuhilfenahme bereits vorhandener Prognosen und Gutachten ein Konzept für eine wirkungsvolle Daseinsvorsorge sowie für eine nachhaltige und zukunftsorientierte Entwicklung der ländlichen Regionen in Brandenburg erarbeiten. Sie soll zudem Handlungsempfehlungen zu den einzelnen Politikfeldern abgeben, die das Land und die Regionen aufgreifen können, um eine flexible und regional angepasste Gestaltung der Auswirkungen des demografischen Wandels und Konzepte zur nachhaltigen Entwicklung für sich abzuleiten.

Die Wechselwirkungen und Entwicklungen zwischen dem ländlichen und städtischen Raum (Stadt-Umland-Beziehungen) sollen einbezogen werden. Um praktikable und umsetzbare Empfehlungen zu ermöglichen, soll auch auf vorhandene Modelle und Vorhaben in den Regionen zurückgegriffen werden.

2. Die folgenden Politikfelder sollen bei der Analyse den Schwerpunkt bilden:
 - a) Daseinsvorsorge. Hierzu zählen insbesondere Infrastruktur einschließlich digitale Infrastruktur und Mobilfunknetze, Mobilität, Soziales und Gesundheit, Inklusion, Bildung und Kultur, der Brand- und Katastrophenschutz sowie die Trink- und Abwasserversorgung, auch im Hinblick auf stärkere Berücksichtigung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Bürger.

- b) Regionale Wertschöpfung. Dies umfasst insbesondere die Felder Landwirtschaft, Wirtschaft, Arbeit, Wissenschaft, Energie, nachhaltige Landnutzung und Umwelt.
 - c) Siedlungsstrukturentwicklung und Zuwanderungsstrategie.
3. Die Enquete-Kommission befasst sich nicht mit der Verwaltungsreform oder dem kommunalen Finanzausgleich in Brandenburg und stellt mithin keine Neuauflage der Enquete-Kommission 5/2 dar. Die notwendige Überarbeitung der Landesentwicklungsplanung bleibt unberührt, die Ergebnisse der Enquete-Kommission können in die Landesentwicklungsplanung einfließen. Um dies zu erleichtern, sollen hierfür relevante Punkte von der Enquete-Kommission zeitlich vordringlich bearbeitet werden.

IV. Arbeitsweise

1. Um die gesellschaftliche Debatte zu unterstützen, verfolgt die Enquete-Kommission einen partizipativen Ansatz. Dafür soll ein substantieller Anteil der Sitzungen in den ländlichen Räumen stattfinden, um Vertreterinnen und Vertretern der Kommunalebene, Expertinnen und Experten und Bürgerinnen und Bürger anzuhören. Zudem wird ein online-Beteiligungsforum eingerichtet. Die Sitzungen sind in der Regel öffentlich.
2. Die Enquete-Kommission greift für die Analyse der Lage auf die statistischen und gesellschaftspolitischen Daten und Forschungsergebnisse zum demografischen Wandel bis zum Jahr 2050 sowie zur Entwicklung der ländlichen Regionen und ihren Potentialen und Ressourcen zurück. Dabei sollen Brandenburgs geografische Lage in Deutschland und Europa sowie globale Wanderungsbewegungen, Migration und andere wichtige globale Entwicklungstendenzen berücksichtigt werden.
3. Die Ergebnisse der Enquete-Kommissionen des Bundes und anderer Länder sowie wissenschaftliche Studien zum demografischen Wandel und zur Entwicklung des ländlichen Raums sollen berücksichtigt werden. Außerdem soll zusammengefasst werden, welche Strategien und Projekte es bereits auf Landes- und Kommunalebene in Brandenburg gibt.
4. Die Enquete-Kommission kann sich auch modellhafter Untersuchungen bedienen und bei Bedarf zusätzliche Expertisen in Auftrag geben.
5. Die Ergebnisse und Gutachten werden auf einer Internetseite veröffentlicht. Die Kommission führt über den gesamten Zeitraum eine aktive Öffentlichkeitsarbeit auch unter Verwendung der Möglichkeiten von „Social Media“ im Internet sowie anderen geeigneten Formaten durch. Auf verständliche Sprache wird geachtet. Die parteipolitische Neutralität wird gewahrt.
6. Bei Bedarf kann die Kommission Lernreisen, auch über die Landesgrenzen hinaus durchführen.

7. Die Enquete-Kommission wird beauftragt, dem Landtag im Dezember 2017 einen kurzen Zwischenbericht mit ersten konkreten Handlungsempfehlungen vorzulegen. Darüber hinaus hat die Enquete-Kommission ausdrücklich die Möglichkeit, dem Landtag weitere Ansatzpunkte und Vorschläge zu unterbreiten. Die Ergebnisse der Kommissionsarbeit sind in einem Abschlussbericht bis Ende 2018 vorzulegen.
8. Der Landtag Brandenburg erwartet, dass die Landesregierung die Enquete-Kommission jederzeit unterrichtet und aktiv unterstützt, um unnötigen Mehraufwand und Doppelprüfungen zu vermeiden.

Begründung:

In den kommenden Jahrzehnten werden die ländlichen Räume insbesondere wegen des demografischen Wandels großen Veränderungen ausgesetzt sein. Die in den nächsten 40 Jahren zu erwartenden Bevölkerungsveränderungen zeichnen sich schon heute ab. Die 2012 vom Landesamt für Bauen und Verkehr veröffentlichte Bevölkerungsprognose bis zum Jahr 2030 zeigt den Handlungsdruck, den allein der demografische Wandel verursacht. Der prognostizierte Bevölkerungsrückgang von 10% bis 2030 im Vergleich zu 2010 wird sich ungleich verteilen und entspricht dem Trend der letzten Jahre. Insbesondere im ländlichen Raum ist ein rapider Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen. Es wird in Brandenburg immer weniger junge Menschen geben, während die Anzahl älterer Menschen zunimmt. Dies hat gravierende Folgen für unsere Gesellschaft und die Wirtschaft.

Zugleich entwickeln sich in Brandenburg neue Gründungsinitiativen, moderne Stadt-Umlandbeziehungen und Projekte zur Aktivierung von Dörfern und Gemeinden.

Beides, die Chancen und die Risiken der ländlichen Entwicklung sind wissenschaftlich teils gut erfasst, teils besteht noch erheblicher Forschungsbedarf. Gleiches gilt für die politischen Handlungskonzepte und Strategien. Deshalb ist es notwendig, den demografischen Wandel und die Entwicklung der ländlichen Räume in Brandenburg zu erfassen und Vorschläge für eine Politik der wirkungsvollen Daseinsvorsorge zu machen, die insbesondere auch die nachhaltige und zukunftsorientierte Entwicklung des ländlichen Raums zum Gegenstand hat.

Verschiedene Gesichtspunkte spielen in dieser Enquete-Kommission eine wichtige Rolle:

Der Vernetzung von Land und Stadt kommt eine entscheidende Bedeutung zu. Die Städte in den ländlichen Regionen haben eine besondere Ankerfunktion unter anderem bei der Sicherung der Daseinsvorsorge. Die Funktion und die Perspektiven der Land-, Klein- und Mittelstädte sollen hier verstärkt in den Blick genommen werden.

Die Förderung von Familien ist ein zentraler Gesichtspunkt, damit junge Menschen mit Kindern eine gute Zukunft in Brandenburg haben und in einer sich verändernden Arbeitswelt die Vereinbarkeit von Familie, Ausbildung, Studium und Beruf für Mütter und Väter gewährleistet wird. Außerdem soll für die junge Generation der Anspruch auf Betreuung, Erziehung, Bildung, Ausbildung und berufliche Zukunftsperspektiven gesichert werden.

Für die im Berufsleben stehenden Generationen sollen die Teilhabemöglichkeiten am Arbeits- und Wirtschaftsleben verbessert und Freiräume geschaffen werden, damit sie mehr Zeit haben, sich stärker im Gesellschaftsleben einzubringen.

Aus den Umständen des Lebens im ländlichen Raum ergeben sich zudem finanzielle Herausforderungen für die Bürgerinnen und Bürger, die die Politik bei ihren Planungen für die wirtschaftliche und infrastrukturelle Erschließung besser berücksichtigen muss.

Für die älteren Generationen gilt es, möglichst lange ein selbstständiges Leben besonders unter den Aspekten „Gesundheit, Pflege, Soziale Dienste, Integration, intergenerationale Beziehungen und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben“ zu sichern.

Neben der regionalen wirtschaftlichen Entwicklung werden auch Brandenburgs ökonomische Chancen und Risiken im Kontext einer globalisierten und wissensbasierten Wirtschaft sowie des technologischen Wandels einbezogen. Insbesondere die Effekte des menschlichen Potenzials, des Fachkräftebedarfs, der Innovationskraft und der Infrastrukturbedingungen werden berücksichtigt.

Außerdem wird auch der demografietaugliche Umbau der verschiedenen Infrastrukturen einschließlich ihrer Planung, Steuerung und Finanzierung analysiert.

Schließlich soll sich die Enquete-Kommission mit der Fragestellung auseinandersetzen, wie die Zuwanderung und bessere Integration von Migrantinnen und Migranten in Brandenburg im Sinne einer Akzeptanzsteigerung gestaltet werden kann.

Klaus Ness
SPD-Fraktion

Thomas Domres
Fraktion DIE LINKE

Ingo Senftleben
CDU-Fraktion

Ursula Nonnemacher
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Iris Schülzke
BVB / FREIE WÄHLER Gruppe